

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

49 (27.2.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis: Die 9 getragene Millimeterzeile teilt 10 Pfennig, ihr quadratisches Format 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 6 Pfennig, Anzeigen-Millimeterzeile 45 Pfennig, o. Nachdruck nach Text, bei der Nichterfüllung des Auftrages, bei gerichtlicher Dretzung und bei Restans außer Kraft tritt o. Erfüllungsgeld 10 Pfennig, bei Nichterfüllung des Auftrages 10 Pfennig, bei Nichterfüllung des Auftrages 10 Pfennig.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Reimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauentagen - Frauentisch

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark o. Dage Jährlich 24 Mark o. Durch die Post
vermittlungs 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Gesellschaftliche und Realisten: Karlsruhe
L. B. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkshaus-Jüllalen: Durlach, Weiden-
straße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Kaiserstraße

Nummer 49 Karlsruhe - Montag, den 27. Februar 1928 48. Jahrgang

Vor der Regierungserklärung

Hergt vertritt das Notprogramm

Das Reichskabinett beschäftigt sich in seiner unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsminister Dr. Hergt, abgehaltenen Sitzung mit der am Montag abzugebenden Regierungserklärung, deren Inhalt fertiggestellt wurde.

Am Montag berichtet, ist der Wortlaut der Regierungserklärung, die Vizekanzler Dr. Hergt heute nachmittag wird, im Laufe des Sonntags fertiggestellt worden. Die Erklärung beschäftigt sich nur mit dem Notprogramm, das, wie angekündigt, einschließlich des Nachtrags und des ordentlichen Etats ein unteilbares Ganzes bilden soll.

Am Mittwoch tritt noch einmal das Reichskabinett zur Beratung zusammen, in der der am Sonntag festgelegte Etat genehmigt werden soll. In der heutigen Sitzung wird zu der Erklärung der Reichsregierung als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstags- und Abgeordnete Stamper das Wort nehmen.

nichts anderes darstellt als eine Filiale des Reichslandbundes, und dieser Reichslandbund wiederum ist und bleibt eine Filiale der Deutschen Nationalen Volkspartei. Das haben auch die kleinen und mittleren Bauern inzwischen erkannt. Statt also auf den christlich-nationalen Bluff hereinzufallen, laufen sie in Scharen zu den anderen im wesentlichen linksgerichteten Landesorganisationen. Es ist verständlich, daß der Reichslandbund darüber aus dem Häuschen geraten ist. Man hat deshalb einen neuen Versuch zur Verhängung der Gemüter beschloßen. Man will jetzt die Sprache ändern und denkt in Zukunft daran, nach kommunistischem Muster zu toben und zu schimpfen. Der Anfang mit dieser Methode, die im Verlauf dieser Woche im ganzen Reich auf die Probe gestellt werden soll, ist am Samstag bereits in Berlin gemacht worden. In einem überall plakatierten Aufruf des Landbundes der Ostpreignis werden Töne angeschlagen, die stark an die Aufrufe der Kommunisten aus der Zeit der Spartakuswirren erinnern.

Reichspost und Gebühren

Der Verwaltungsrat der Reichspost nahm am Samstag eine Entschließung an, in der die Reichspostverwaltung ersucht wird, die Grundgebühr für Fernsprecher zu ermäßigen, die Leistungsbauaufschläge herabzusetzen, die Dienststunden bei den kleinen Ämtern zu verlängern und die kleinen Ortsbetriebe baldmöglichst in Selbstanschlußbetriebe umzuwandeln. Von verschiedenen Vertretern wurde dann heftige Kritik an den Rundfunkgesellschaften geübt; auf Antrag des Abg. Steinke (Soz.) beschloß der Verwaltungsrat, das Finanzangebot der Rundfunkgesellschaften in nächster Zeit eingehend zu erörtern.

Darauf wurde der vorliegende Etat angenommen.

Retungsvoruch des Landbundes

Lochnichmethoden als Hilfsmittel

Der Reichslandbund führt es mehr als bedenklich. Aber noch die Verärgerung in dieser Landesorganisation ist stark zum Ausdruck gekommen, wie in den letzten Wochen. Die Folge war die Gründung einer „Christlich-nationalen Bauernpartei“, die

Normarsch in Braunschweig

Immer Wahlen sind, marschieren die Sozialdemokratie. So auch gestern wieder im Kreis Braunschweig bei den Stadtwahlen, Gemeindevorstandswahlen und Kreiswahlen. Die Wahlen verliefen überall im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen war die Beteiligung etwas geringer. Die Sozialdemokratie feierte trotzdem ihre Stimmenzahl stark.

Die Stadt Braunschweig eroberte die Sozialdemokratie von 35 zu vergebenden Sitzen allein 19 gegen bisherige 12. Insgesamt erzielte sie in Braunschweig-Stadt trotz geringen Wahlbeteiligung 1200 Stimmen mehr als bei den letzten Landtagswahlen und 3500 Stimmen mehr als alle Parteien zusammen. Die bürgerlichen Parteien demgegenüber im Vergleich zu den Landtagswahlen 3000 Stimmen ein. Die Kommunisten ver-

loren in Braunschweig-Stadt 2000 Stimmen und damit ein Mandat.

Weitere Resultate: Wolfenbüttel: Sozialdemokraten 7 (4), Wirtschaftsvorstand 3, Mittelstandsliste 1, Kommunisten 1 (2), Nationalsozialisten 1 (0), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (10).

Hannover am Harz: Sozialdemokraten 6 (4), Kommunisten 0 (1), Demokraten 1 (0), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (5), Wirtschaftsvorstand 3 (4). Außerdem ist hier ein Vertreter des Rentnerbundes.

Helmstedt: Sozialdemokraten 8 (6), Vereinigte Bürgerliche Parteien 6 (6), Kommunisten 0 (0), Zentrum 0, Demokraten 1, eine rechtsstehende Einzelliste 0 (3), Beamten und Angestellten 1 (0), Jungbürger 1 (0), außerdem ist hier ein Vertreter des Invalidenbundes.

Strofanträge im Barmatprozeß

Barmatprozeß stellte am Samstag der Oberstaatsanwalt Strafanträge. Er beantragte

den Hauptangeklagten Julius Barmat eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren Gefängnis, 450.000 M. Geldstrafe und 5 Jahre Haft.

Der Genro Barmat 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und drei Jahre Haft.

Die ehemaligen Zentrumsabgeordneten Hans-Georg Barmat und wegen Betrugs zum Nachteil des Reichspostbureaus und der Preussischen Staatsbank 1 Jahr Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, wobei er hinzuzufügen, es komme hier in Betracht, daß der Angeklagte die hohe und verantwortliche Stellung eines Abgeordneten in schwerster Weise mißbraucht habe.

Am 27. Febr. (Funddienst). Ein Berliner Monatsblatt enthält den Antrag des Staatsanwaltes aus Barmat, daß der Geschädigte Barmat nicht entlassen werden dürfe.

ein neues Gutachten abgegeben. Sie wiederholt darin ihren alten Standpunkt, daß England für sich keine Sicherheitsverträge brauche und sich nicht zum Abschluß von Sicherheitsverträgen verpflichten könne.

Die Tagesordnung für Brüssel

Unter dem Vorsitz von Arthur Henderson-Großbritannien trat in Brüssel die Erztube der sozialistischen Arbeiter-Internationalen an einer zweitägigen Sitzung zusammen. Sie beschäftigte sich mit der Vorbereitung des Internationalen Kongresses in Brüssel, der am 5. August dort zusammenzutreten wird. Nach Erledigung der technischen Fragen wurden die Hauptpunkte der Tagesordnung des Kongresses festgelegt, welche namentlich

den Militärstreik, die Abrüstung und das Kolonialproblem umfassen.

Die Kommission für politische Gefangene nahm Kenntnis von der erfolgreichen Aktion, die in Schweden von der sozialdemokratischen Partei durchgeführt wurde, wobei in 14 Versammlungen der georgische Sozialist Teretelli mit großem Erfolge über den Terror in den sozialistischen und bolschewistischen Ländern sprach. Das Ergebnis der Sammlung für den Matkotli-Kongress der Internationalen war in Schweden mehr als 25.000 Schweizer Franken. Es wurden die anderen Länder aufgefordert, Aktionen gleicher Art unter Heranziehung von Rednern aus den Ländern ohne Demokratie durchzuführen.

Truppenübung in Döberitz

Das afghanische Königspaar wohnte am Samstag in Döberitz einer Truppenübung der Garnison Berlin bei.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich an dem Empfang des Königs von Afghanistan im Rathaus nicht beteiligt. Sie hat in einer außerordentlichen Fraktionsversammlung den folgenden Beschluß gefaßt:

Die Formalitäten bei dem Empfang des afghanischen Königs in Berlin überschreiten so weit das bisher bei Empfängen der Republik und der Reichshauptstadt übliche Maß, daß der Wunsch einer monarchistischen Demonstration erweckt wird. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung lehnt sich daher nicht in der Lage, an dem Empfang im Rathaus teilzunehmen.

Umsturzprozeß in Wilna

Warschau, 27. Febr. (Funddienst). In Wilna findet gegenwärtig ein Prozeß gegen 56 Führer einer weißrussischen Organisation statt. Sie alle sind anerkant, einen Umsturz in Polen vorbereitet zu haben. Es ist bezeichnend, daß man die Erörterungen hierüber unter Ausschluß der Öffentlichkeit befristet. Angeblich ist daran auch ein Keffe Trotzkis beteiligt.

Sozialdemokratie und Beamtenbesoldung

Die Landtagsabgeordneten L. Kuderz und A. Weichmann haben uns, auf unser Ersuchen, Betrachtungen über die am vergangenen Freitag im Landtag zum Abschluß gelangte badische Besoldungsordnung zur Verfügung gestellt. Wir lassen ihre Darlegungen nachstehend folgen:

Genosse Kuderz schreibt:

Der Landtag hat am Freitag, 24. Februar, nach verhältnismäßig kurzer Aussprache das badische Besoldungsgezet in der Fassung des Haushaltsausschusses nahezu einstimmig angenommen. Dagegen waren nur die Reaktionskräfte von rechts und links, also neben den Kommunisten diejenigen Teile der Bürgerlichen Vereinigung, die seiner Zeit von den Wählern als Landbund und Hausbesitzervertreter gewählt wurden.

Beim Besoldungsgezet trat wieder einmal scharf das herrschende liberalistische Prinzip in Erscheinung. Obwohl der Landtag erst nach langen und eingehenden Beratungen das neue Gezet geschaffen hat und obwohl in diesem selbst gewisse Sperrvorrichtungen enthalten sind, muß nun jedes Parlament der deutschen Länder dieselbe Arbeit noch einmal leisten. Soweit man bisher übersehen kann, sind die Abweichungen gegenüber dem Reichsbesoldungsgezet in den einzelnen Ländern verhältnismäßig gering. Das gilt auch in vollem Umfange für das badische Besoldungsgezet. Wenn auch der Rahmen für die Beratungen durch das Reichsgezet gegeben war, so bemühte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion dennoch nach besten Kräften, insbesondere bei der Besoldungsordnung Verbesserungen für die unteren und mittleren Beamten zu erreichen. Der Allgem. Freie Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, wie auch einzelne Beamte selbst haben an den Landtag und die einzelnen Fraktionen eine sehr große Anzahl von Gesuchen gerichtet. Um die große Arbeit zu bewältigen, hat die sozialdemokratische Fraktion eine besondere Unterkommission eingesetzt. In mehreren Sitzungen wurde das gesamte Material einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Dabei verklärte sich die Ueberzeugung, daß sowohl eine Revision des Besoldungsgezetes vom Jahre 1920, als auch eine Erhöhung der Bezüge, die letztmals im Jahre 1924 eine wesentliche Verringerung erfahren haben, notwendig ist. Insbesondere waren die Bezüge der unteren und mittleren Beamten unzulänglich; aber auch die oberen Beamten kann Baden nicht schlechter stellen wie das Reich und die übrigen Länder. Bei den Beratungen selbst ließ sich die Fraktion jedoch vor allen Dingen von sozialen Gesichtspunkten leiten. Es mußte versucht werden, ohne mit den rechtsgerichtlichen Bestimmungen in Konflikt zu kommen, die Lage der am schlechtesten besoldeten Beamten in Baden zu verbessern. Es soll anerkannt werden, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen das Ziel erreicht wurde. Insofern ist gegenüber der Reichsbesoldungsordnung in manchen Teilen eine soziale Besserstellung zu verzeichnen.

Alle Wünsche der Beamten konnten nicht in Erfüllung gehen. Neben den berechtigten Forderungen der Beamten auf eine menschenwürdige Existenz sind auch die finanziellen Verhältnisse des Staates und der Steuerzahler zu berücksichtigen. Wiederholt hat der Finanzminister auf diese Gesichtspunkte aufmerksam gemacht und recht häufig haben fast alle Parteien darauf hingewiesen, daß wegen des neuen Besoldungsgezetes die Steuern nicht erhöht werden dürfen. Der Mehraufwand ist nicht unbeträchtlich. Nach der Regierungsvorlage beträgt er für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis März 1928 8.250.000 M. oder jährlich für ein so kleines Land wie Baden den erheblichen Betrag von 16,5 Millionen M. Der für die Budgetjahre 1928 und 1929 vom Finanzminister vorgelegte Etat enthält ein Fehlbetrag von 24,5 Millionen Mark. 16,5 Millionen entfallen hiervon allein auf die Besoldungserhöhung. In welcher Weise der Fehlbetrag gedeckt werden kann, steht noch nicht fest, es soll vielmehr später darüber Beschluß gefaßt werden. Das neben dem dringenden Gebot, insbesondere den unteren Beamten Gruppen ihre Bezüge zu verbessern, auch die finanzielle Lage des Landes berücksichtigt werden mußte, war klar.

Die sozialdemokratische Fraktion hat aus Anlaß der Beratungen aber auch verlangt, daß namentlich die Bezüge der Arbeiter und Angestellten unter Berücksichtigung des Besoldungsgezetes alsbald tariflich neu geregelt werden. Wenn auch angegeben werden muß, daß die Gehälter gerade der unteren Beamten nicht sonderlich hoch sind, so muß andererseits doch festgehalten werden, daß die Gehälter der Arbeiter und Angestellten im Hinblick darauf, daß diese im Gegensatz zu den Beamten weder Ruhegeld noch Hinterbliebenenrente erhalten, noch unzulänglich sind.

Wie schon eingangs gesagt, haben die Kommunisten beiderlei Schattierung die Vorlage abgelehnt. Sie konnten sich dabei auf Agitation abgestimmten Luxus leisten, weil sie wußten, daß die Regierungsparteien in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung, die sie gegenüber den Beamten des badischen Staates zu tragen haben, die Vorlage annehmen werden. Es war aber wieder einmal interessant zu sehen, wie die Kommunisten zusammen mit der schärfsten Reaktion, dem Hausbesitzer und dem Landbund in brüderlicher Geminnung verarmten Arm in Arm „Politik“ machten. In der Praxis ist es deshalb gleichgültig, ob man in den Landtag nun Hausbesitzer vom Schlags des Herrn von Hu und des Landhändlers Hertke oder einen solchen des „Ausharbeitervertreter“ Volk wählt. Zu positiver, nützlicher und erfolgreicher Arbeit sind sie beide unfähig.

Es ist kein Zweifel, daß durch die Annahme des Besoldungsgezetes ein großes Werk zum Abschluß gebracht wurde. Die Sozialdemokratie kann es als Verdienst buchen, daran in positiver und erfolgreicher Arbeit mitgewirkt zu haben. Unsere Ausführungen wollen wir beenden mit dem Schlußsatz der von der sozialdemokratischen Fraktion abgegebenen Erklärung:

Das Zentrum im Wahlkampf

Die Religion ist wieder einmal gefährdet. Von einem Arbeiter aus Mittelbaden erhalten wir folgende Briefe, die zeigen, wie das Zentrum wieder einmal die Religion...

Die Brandstiftung und ihre Folgen

Von Polizeikommissär Angst (Karlsruhe)

Während in der Zeit des Währungsverfalls die Zahlen aller Straftaten gegen das Eigentum außerordentlich stiegen, sind die Zahl der Brände immer mehr ab und erreichte in Deutschland ungewöhnlichen Tiefstand...

rapides Steigen der Feuerbrünste.

Wenn auch für das Jahr 1927 ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist, so verzeichnet doch kaum ein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Brände aus dem Lande gemeldet werden.

Wie verhält sich nun die Bevölkerung solchen Vorkommnissen gegenüber?

Zunächst bei Feueralarm große Aufregung, die vielleicht bis zum Ende des Brandes anhält. Sind dann ein oder mehrere Häuser niedergebrannt, keine Menschen dabei zu Schaden gekommen...

aus den Tüpfeln der Bewohner des Deutschen Reiches

erzählt werden müssen, so kann man ermaßen, was die Brandstiftung für die Volkswirtschaft bedeutet. Es erzählt sich hieraus die Notwendigkeit, dieser elementaren Vernichtung der deutschen Sachwerte nach Möglichkeit entgegenzutreten.

Die Feststellung der Brandursachen

ist für die heutige Zeit eine zwingende Notwendigkeit, der durch Anwendung aller verfügbaren Mittel, und zwar in weit verstärkterem Maße als bisher, Rechnung getragen werden muß.

nach sich und jede erfolgreiche Aufdeckungsarbeit, selbst eine solche, durch die es zur Verurteilung nicht ganz ausreicht, wirkt auf den zur Brandstiftung Geneigten abschreckend und erpariert manchen anderen Brand.

70 Prozent aller Brände auf vorsätzlicher Brandstiftung zurückzuführen.

Wenn es auch Brände durch Kurzschluss oder infolge Selbstentzündung durch Futtermittel usw., oder durch schadhafte Feuerungsanlagen gibt, so ist doch zur Genüge bekannt, daß dies alles in sehr vielen oder gar in den meisten Fällen nur als Vorwand für vorsätzliche Brandstiftung benützt wird.

Sache des Psychiaters bzw. des Gerichtsarztes,

nach Möglichkeit die Motive zu ergründen. Weil die Beweismittel zur Brandstiftung so außerordentlich mannigfaltig sind, ist es notwendig, daß die mit der Aufklärung von Brandfällen betrauten Organe mit der Kriminaljustiz der Brandstiftung vertraut sind.

gemeingefährlichen Verbrechen

geächtet und dementsprechend wird im Strafgesetzbuch die vorsätzliche Brandstiftung mit hohen Zuchthausstrafen bedroht. Schon im früheren Strafrecht wurde die Brandstiftung als eine schwere Tat angesehen.

Freistaat Baden

Stahlhelm-Leute in den Schulen. Der Nummer des bekannten Stahlhelmorgans: Der Führer 1. Februar wird abgedr., ab 1. März ds. Js. die Schul- und Sommer in Baden mit ihrer Zeitung: Der Führer zu beliefern...

Landespolizeiamt Karlsruhe

Nach dem Jahresbericht des Landespolizeiämtes für das Jahr 1927 hat sich in der dachstuhllosen Sammlung die Zahl der Fingerringdruckblätter (einschließlich der von den Poststellen und Zentralen außerhalb Badens überlieferten) auf 101.561 erhöht.

den Tatort gerufen; Finger- und Fußspuren wurden in 110 Fällen am Tatort gesichert; auf Grund der Tatortspuren wurden 37 Täter ermittelt. Auf Grund der Straftaten- und Spezialistenkartei konnten den Staatsanwaltschaften in 34 Fällen Hinweise auf den richtigen Täter gegeben werden.

Städt. Festhalle Karlsruhe Samstag, 17. März 1928

Die Jahreszeiten

Oratorium von Jos. Haydn

Aufführung durch die Volkssingakademie Karlsruhe

Der Bischof hatte das Prinzip, eine Antwort niemals auf der Stelle zu geben. Er verbrachte den Tag zu überdenken. Die Prälaten, nachdem sich der Prinz zurückgezogen, saßen im Park, schauten von behaglichem Sitz auf Stadt und Weinberg.

Die Arbeit durfte natürlich nicht plump gemacht werden. Kunstgerecht, mit feinen Fäden. Es mußte sich alles geben wie von selbst. Die beiden geübten Herren verständigten sich mit halben Worten; es war ja so leicht, ein vorauseichneter Weg.

det, schaute zu den Fenstern seines Zimmers herein. Er fühlte sich durch das Bad und die Massage des lahmenen Fußes wohlgeerfrischt, der Ort schien ihm nach dem Schmutz und der Schlammeiherberisch und ungarischer Dörfer doppelt artig und lauter, und er erwartete gute Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 27. Februar 1928.
Geschichtskalender
1807 Amerikanischer Dichter Longfellow. — 1823 Orientalist...

erzieherische Wert der Schaufensterauslage
Wannalich die reizvolle orientalische Art des Bekleidungs...

Generalversammlung
des Feuerbestattungsvereins
Das die Feuerbestattungsfrage trotz aller Bekämpfung immer...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Der Kassenbericht befriedigte. Sterbegelder wurden für 41...

ADGB Karlsruhe
Seite Montag, 27. Februar, abends 8 Uhr, findet im Volks-

Anfall auf dem Wege nach und von der
Arbeitsstätte

Nach § 545a A.D.O. werden auch Unfälle auf dem Wege nach...

Auto-Domibusverkehr nach Ruppurr. Vom 1. März 1928...

Wohnsitz bei Geschw. Anz. Wir weisen unsere Leser...

Veranstaltungen
Ellaabeth Reumann, die vorerfliche Karlsruher Gelehrte...

Jahreszeitenaufführung
Nach mehrmonatigem erstem Stadium tritt die Volksing-

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Karlsruher Polizeibericht
Wegen Körperverletzung gelangte ein lediger Schlosser von hier...

Aus den Vororten
Gegen die geplante Verschlechterung des
Autobusverkehrs nach Ruppurr

Der Autobusverkehr nach Ruppurr soll, wie der Stadtrat...

Der Bezirk Ruppurr der Sozialdemokratischen
Partei nahm deshalb in einer am Samstag abend statt-

Die Autobuslinie ist als Ersatz für die fehlende Straßenbahn...

Für die rund 7000 Bewohner unseres Vororts, der in starker...

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Hauptversammlung
Mittwoch den 29. Februar 1928, abends 8 Uhr, im „Friedrichs-

Stadtfrauenabend. Dienstag, 28., abends 8 Uhr, findet in...

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Morgen abend spricht in der Sos.

Schweinemarkt am 25. Februar. Der Markt war befahren mit...

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Durlach

Für die Technische Kommission und die Vorstandsmitglieder...

Veranstaltungen des heutigen Tages

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

Abd. Landesbeater: Boris Gudimow. Von 19.30 bis 22.30 Uhr.

